presse

AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Tschernobyl: Atomkraft ist nicht die Zukunft der Entwicklungsländer

***Gabriela Heinrich**, stellvertretende entwicklungspolitische Sprecherin:*

Am 26. April 1986 ereignete sich die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl. Tschernobyl und Fukushima müssen aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion weiter eine Mahnung für Entwicklungs- und Schwellenländer sein, die vor dem Hintergrund eines wachsenden Energiebedarfs ihre künftige Energieversorgung planen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, die Energiewende zu exportieren.

„Der von der damaligen rot-grünen Bundesregierung durchgesetzte Atomausstieg und die damit eingeleitete Energiewende haben weltweit Beachtung gefunden und eine Vorbildfunktion eingenommen. Zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer haben ein erhebliches Potenzial für die Energiegewinnung aus Sonne, Wasser oder Wind. Sie brauchen jedoch Unterstützung dabei, dieses Potenzial voll auszuschöpfen.

Die SPD-Bundestagsfraktion stellt sicher, dass im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit keine Atomkraft gefördert wird und wir stattdessen in die nachhaltige Energieversorgung mit Erneuerbarer Energie investieren. Wir müssen die Investitionen in die Erneuerbare Energie weiter vorantreiben, um Atomkraft in Entwicklungs- und Schwellenländern überflüssig zu machen. Die Gefahren der Atomkraft sind vor allem für Entwicklungsländer dramatisch, da viele regelmäßig von Naturkatastrophen heimgesucht werden.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit muss weiter konsequent auf die Förderung der Erneuerbaren Energie setzen, um Entwicklungs- und Schwellenländern eine nachhaltige Energieversorgung zu ermöglichen.“